

# **Wichtige Informationen zum Bundesmeldegesetz**

Das neue Bundesmeldegesetz tritt zum 01. November 2015 in Kraft. Dort wird künftig u. a. die Art und Weise der Datenspeicherung, die Meldepflichten und ebenso die Melderegisterauskünfte oder die Datenübermittlungen zwischen öffentlichen Behörden geregelt.

Die Wohnungsgeberbestätigung und die Mitwirkungspflicht des Vermieters bei der Anmeldung von Mietern wird mit dem Bundesmeldegesetz wieder eingeführt, um Scheinanmeldungen und damit häufig verbundenen Formen der Kriminalität wirksamer zu begegnen (§19 BMG).

Momentan muss man sich beim Bezug einer neuen Wohnung innerhalb von einer Woche nach dem erfolgten Einzug bei der Meldebehörde anmelden.

Ab dem 01.11.2015 werden der meldepflichtigen Person zwei Wochen für die Anmeldung des Wohnsitzes eingeräumt.

Im Zusammenhang mit der Anmeldung eines Wohnsitzes hat die meldepflichtige Person dann die Wohnungsgeberbestätigung vorzulegen. Eine Vorlage des Mietvertrages ist hierfür nicht ausreichend.

Ab dem 01.11.2015 muss der Wohnungsgeber der meldepflichtigen Person die Wohnungsgeberbestätigung innerhalb von zwei Wochen nach dem erfolgten Einzug aushändigen, damit diese ihrer gesetzlichen Verpflichtung als Meldepflichtige nachkommen kann.

Sollte die meldepflichtige Person in ein Eigenheim ziehen, so ist beim Anmeldevorgang eine Selbsterklärung abzugeben.